

Keine Inklusion ist zu teuer

Teilhabe ist ein Menschenrecht – keine freiwillige Hilfe

Stellungnahme der AG Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württemberg

Die **AG Inklusion** ist eine Gruppe von Fachleuten.

Sie arbeiten in der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.

Unser Ziel ist:

Alle Kinder und Jugendlichen sollen **gemeinsam teilnehmen können**.

Auch Kinder und Jugendliche **mit Behinderung**.

Das steht auch im Gesetz.

Zum Beispiel in der **UN-Behindertenrechtskonvention** und in deutschen Gesetzen.

Wir wissen aus unserer Arbeit:

Inklusion funktioniert.

Das bedeutet:

Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung lernen und erleben Dinge **zusammen**.

Das ist gut für alle:

- für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
- für Kinder und Jugendliche ohne Behinderung
- für die ganze Gesellschaft

Wenn Menschen früh lernen, miteinander zu leben und zu arbeiten, entstehen später **gerechtere Strukturen**.

Das kann sogar Kosten sparen.

Kritik an der aktuellen politischen Debatte

Wir sind sehr besorgt über einige Aussagen von Politikerinnen und Politikern in Baden-Württemberg.

In Diskussionen wird manchmal gesagt:

Hilfen für Menschen mit Behinderung seien **zu teuer** oder **nicht mehr bezahlbar**.

Solche Aussagen finden wir problematisch.

Sprache hat Wirkung.

Sie beeinflusst, wie Menschen über andere denken.

Wenn Unterstützung für Menschen mit Behinderung als **Belastung** dargestellt wird, dann verändert das das Bild von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft.

Außerdem stimmt diese Behauptung nicht:

Diese Hilfen sind **nicht die Ursache für die Geldprobleme von Städten, Ländern oder dem Bund.**

Teilhabe ist ein Recht

In Deutschland gilt:

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf:

- Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- ein möglichst selbstbestimmtes Leben
- eine Umgebung ohne Barrieren

Diese Rechte stehen im Gesetz.

Deshalb darf man Unterstützung für Menschen mit Behinderung **nicht als teuren Sonderfall darstellen.**

Auch wenn manche behaupten, dass Menschen mit Behinderung zu viel Unterstützung bekommen, ist das falsch.

Ein Beispiel ist der Ausdruck: „in paradiesischen Verhältnissen.“ Das meint, dass Menschen, die zum Beispiel Assistenz wegen einer Behinderung bekommen, mehr Luxus haben als die meisten anderen Leute.

Solche Aussagen:

- diskriminieren Menschen mit Behinderung
 - verletzen Betroffene
 - fördern Neid und Schuldzuweisungen in der Gesellschaft.
-

Verantwortung aus der Geschichte

Deutschland hat eine besondere Verantwortung aus der Geschichte.

In den 1930er-Jahren wurden Menschen mit Behinderung ausgegrenzt. Später wurden viele von ihnen in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet.

Deshalb müssen wir besonders aufmerksam sein, wenn wieder abwertend über Menschen mit Behinderung gesprochen wird.

Solche Aussagen können diskriminierende und demokratiefeindliche Einstellungen stärken.

Menschenwürde darf nicht vom Geld abhängen

Das Recht auf ein **würdiges Leben** darf nicht davon abhängen, wie viel Geld gerade in der Staatskasse ist.

Unterstützung für Menschen mit Behinderung ist **keine freiwillige Leistung**. Sie ist ein **Recht**.

Darum fordern wir:

- mehr Gespräche mit Betroffenen
 - respektvolle Lösungen
 - eine sachliche politische Debatte
-

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Wir fordern Menschen in der Politik auf:

Kinder und Jugendliche sollen **bei Entscheidungen beteiligt werden**.

Besonders wichtig ist die Beteiligung von:

- Kindern und Jugendlichen mit Behinderung
- ihren Familien

Auch Fachstellen und Organisationen aus der inklusiven Kinder- und Jugendarbeit sollen einbezogen werden.

[Viele Fachverbände kritisieren ebenfalls die aktuellen Spar-Debatten.](#)

Unsere Arbeit

Die Mitglieder der AG Inklusion arbeiten jeden Tag mit Kindern und Jugendlichen.

Sie erleben:

Inklusion funktioniert in der Praxis.

Inklusion ist bei uns nicht nur ein schönes Wort.

Sie wird jeden Tag gelebt.

Alle Beteiligten sammeln dabei wertvolle Erfahrungen.

Das ist wertvoll für die ganze Gesellschaft.

Über die AG Inklusion

Die AG Inklusion besteht aus vielen Organisationen und Fachpersonen aus der Kinder- und Jugendarbeit.

Sie arbeiten zusammen, tauschen Erfahrungen aus und diskutieren aktuelle Themen.

Die Gruppe gibt es seit mehreren Jahren.

Sie trifft sich regelmäßig.

Unterstützung der Stellungnahme

Sie stimmen dieser Stellungnahme zu und möchten ein Zeichen für Inklusion setzen?

Dann können Sie die Stellungnahme **mit unterschreiben**.

Schreiben Sie dazu eine E-Mail an:

projektfachstelle-inklusion@lago-bw.de

Bitte teilen Sie mit,

unter welchem Namen Sie oder Ihre Organisation genannt werden möchten.

Die Stellungnahme wird auf der [Webseite der LAGO Baden-Württemberg](#) veröffentlicht.

Die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer wird regelmäßig ergänzt.

Entstehung der Stellungnahme

[Hier](#) sehen Sie eine Zeit-Linie zum Entstehen der Stellungnahme im Jahr 2026.

Praxisbeispiele sammeln

Wir sammeln gute Beispiele für Kinder- und Jugend-Beteiligung.

Die Beispiele zeigen, wie Kinder und Jugendliche mitmachen.

Die Beispiele helfen der Landes-Politik für eine inklusive Kinder- und Jugend-Arbeit.

Sie können [hier](#) eigene Aktivitäten eintragen.

So machen Sie Ihre Arbeit sichtbar.

Erstunterzeichner*innen:

Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO BW)

Projektfachstelle Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit

Konrad Flegr, Projektkoordinator der Aktionsgemeinschaft GIEB im Landkreis Rottweil

Stuttgarter Jugendhaus gGmbH (stjg)

Ben Seidl, Kinder- und Jugendhaus Feuerbach, stjg

Landesarbeitsgemeinschaft Jungen*- & Männer*arbeit Baden-Württemberg e.V.

LAG Mädchen*politik Baden-Württemberg

Basti, Paul, Lara, Lukas, Moritz, Hauke, Alina, Luise, Courage, Felix, Hendrik, Lukas, Florian, Georgina, Jannik, Linus, Petar, Josef, Tim, Marcel, Johanna – Jugendliche von Mimamo, SJR Esslingen

Bärbel Finkbeiner, Jenny Hafner, Florian Schoenpflug – Mitarbeitende von Mimamo, SJR Esslingen

Landesverband Lebenshilfe Baden-Württemberg e.V.

